

BR Jugoslawien

Gesamteinschätzung

Die jugoslawische Wirtschaft entwickelte sich 2001 leicht besser als erwartet. Die folgenden Angaben beziehen sich, soweit nicht anders angegeben, auf reale Größen ohne Berücksichtigung des Kosovo. Das BIP expandierte um 5,5% nach 6,4% im Jahr 2000. Träger des Wachstums war die Landwirtschaft, die nach der Missernte des Vorjahres die Produktion um 23% erhöhen konnte. Die industrielle Produktion stagnierte, während die Bauwirtschaft sogar um 15% schrumpfte. Für das laufende Jahr wird ein Wirtschaftswachstum von rd. 4% erwartet. Besonders von der Bauwirtschaft sind mit einer prognostizierten Wachstumsrate von 15% expansive Impulse zu erwarten. Die Industrie sollte ebenfalls wieder einen Wachstumsbeitrag leisten können.

Die hohe Arbeitslosigkeit ist eine der großen Herausforderungen im Transformationsprozess, der gerade erst begonnen hat. Die Arbeitslosenrate nach offiziellen Angaben berechnet liegt bei 27,5% im Jahresdurchschnitt. Im Jahresverlauf ist sowohl die Zahl der Arbeitslosen als auch die Beschäftigung im privaten Sektor deutlich gestiegen. Bezieht man die hohe verdeckte Arbeitslosigkeit im staatlichen Sektor mit ein, liegt die Arbeitslosenrate dramatisch höher.

Ein Privatisierungsgesetz hat Mitte 2001 den Weg für die Umstrukturierung der Wirtschaft frei gemacht. Bis Ende 2005 sollen 7000 überwiegend große und mittlere Unternehmen in privates Eigentum übergehen. Die ersten drei Unternehmen wurden Anfang 2002 für rd. 150 Mio. USD mehrheitlich an ausländische Investoren verkauft. In einer ersten Welle sollen noch weitere 35 große Unternehmen privatisiert werden. Zusätzlich werden rd. 800 mittlere und kleine Unternehmen auf 400 Auktionen angeboten. Die Restrukturierung der Betriebe bei der Vorbereitung bzw. im Anschluss an die Privatisierung wird zu erheblichen sozialen Belastungen führen. Die Bewältigung dieser Probleme ist nur mit ausländischen Finanzhilfen möglich. Die Regelung der Auslandsschulden mit dem Pariser Club sowie die Zusammenarbeit mit dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag haben den Weg dazu inzwischen geebnet.

Produktion und Verwendung des BIP

Nach dem drastischen Wachstumseinbruch im Jahr 1999 (-21,9%) und der Erholung im Vorjahr (+6,4%) expandierte auch 2001 das BIP um 5,5%. Dabei konnte die industrielle Produktion aber keinen Wachstumsbeitrag leisten. Das Ergebnis lag exakt auf Vorjahresniveau. Die industrielle Produktion stagnierte damit bei 44% des Wertes von 1990, im verarbeitenden Gewerbe wird sogar nur 37% des Niveaus von 1990 erreicht. Bergbau und Energie werden in der jugoslawischen Statistik zur Industrie gerechnet. Gerade im Bergbau war aber ein drastischer Einbruch zu verzeichnen. Die Förderung von Mineralien und Erzen lag um 13% unter Vorjahresniveau, bei Metallerzen lag der Rückgang sogar bei 29,2%. Das verarbeitende Gewerbe konnte dagegen seine Produktion um 0,8% erhöhen. Allerdings war die Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe sehr unterschiedlich. Lediglich 7 von 23 Branchen meldeten Zuwächse. Die expandierenden Branchen waren die Öl verarbeitende Industrie mit einem Plus von 68%, Chemie (+14%), Kunststoffindustrie (+13%), Möbel und Haushaltseinrichtungen (+7%), Papier (+2%) sowie Textilien und Bekleidung (+2%). Die Energiewirtschaft meldete ebenfalls ein Produktionsplus von 0,6%. Gerade im Energiesektor entspricht dieses Ergebnis angesichts der niedrigen Ausgangsbasis allerdings nicht den Erwartungen. Wenn hier keine durchgreifende Verbesserung er-

folgt, gerät eine entscheidende Voraussetzung für die wirtschaftliche Erholung in Gefahr. Die größten Produktionseinbrüche waren in den Branchen der Investitionsgüterindustrie sowie in der Unterhaltungselektronik festzustellen. In diesen Branchen sind die inländischen Hersteller ausländischer Konkurrenz nach der weitgehenden Liberalisierung des Handels unterlegen. Der verschlissene Kapitalstock erlaubt zudem keine rasche Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Wie bereits in den vergangenen Jahren differierte auch 2001 die Entwicklung in Serbien und Montenegro. In Serbien konnte die industrielle Produktion marginal um 0,1% gesteigert werden, in Montenegro war sie dagegen um 1% rückläufig.

Die landwirtschaftliche Produktion war 2001 Träger des Wachstums. Die Landwirtschaft konnte die Produktion nach vorläufigen Angaben um 23% steigern; im Vorjahr hatte sie nach einer Missernte noch einen Einbruch von 19,7% zu verzeichnen. Im sozialen Sektor wurde ein Plus von 17% erzielt, in der privaten Landwirtschaft konnte ein Zuwachs von 24% erreicht werden. Die private Landwirtschaft hat damit trotz einer außerordentlich schlechten maschinellen Ausstattung wie beinahe in allen Jahren zuvor besser abgeschnitten als der vergesellschaftete Sektor. Die Landwirtschaft insgesamt profitierte 2001 von günstigen Witterungsbedingungen, so dass für das laufende Jahr auch unter günstigen Voraussetzungen kaum große Steigerungsraten möglich er-

scheinen. Die amtlichen Prognosen für 2002 sehen die landwirtschaftliche Produktion auf Vorjahresniveau.

Die Bauwirtschaft dagegen konnte 2001 noch nicht Fuß fassen. Schätzungen gehen von einem Rückgang von rd. 15% aus. Im laufenden Jahr dürften die inzwischen kräftiger fließenden Finanzhilfen für eine Erholung der Baukonjunktur in ungefähr derselben Größenordnung sorgen.

Die Dienstleistungen haben 2001 einen positiven Wachstumsbeitrag geliefert. Am besten entwickelte sich der Transportsektor, der ein Plus von 5% erzielen konnte und der Handel, der um 8% expandierte sowie Tourismus und Catering, die 10% zulegen. Die anderen Branchen kamen zusammen auf ein Plus von 1%.

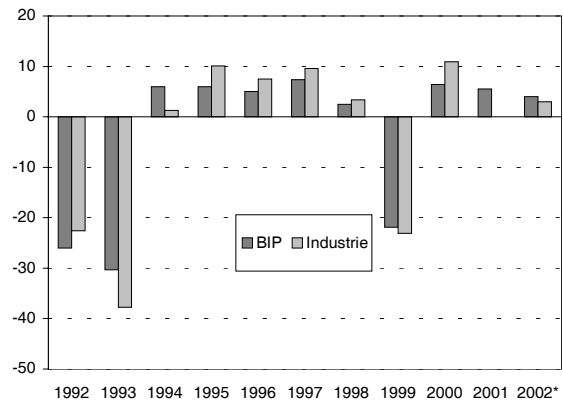
Im laufenden Jahr rechnet die Regierung mit einem realen Wachstum des Sozialprodukts von 4%. Träger des Wachstums sollen die Bauwirtschaft und die Dienstleistungen sein, während von der Landwirtschaft keine Impulse mehr erwartet werden. Die industrielle Produktion soll dagegen wieder um 3% zulegen können.

Daten über die Verwendung des Sozialprodukts liegen für 2001 noch nicht vor. Die Investitionen lagen von 1995 bis 1999 mit Ausnahme eines realen Zuwachses von 1% in 1997 stets unter ihrem Vorjahreswert. Die Investitionsrate betrug 1999 gerade noch 16,5% des Sozialprodukts. Erst im Jahr 2000 war wieder eine Belebung der Investitionstätigkeit festzustellen, die Investitionsrate ist wieder auf 18,8% gestiegen. Ausländische Direktinvestitionen blieben allerdings auch im Jahre 2001 auf niedrigem Niveau. Nach 112 Mio. USD (1999) und nur 50 Mio. USD (2000) wird das Volumen für 2001 auf nur 165 Mio. USD geschätzt. Deutsche Direktinvestitionen waren in den Jahren 1999 und 2000 mit 28 Mio. EUR bzw. 22 Mio. EUR ebenfalls auf relativ niedrigem Niveau. Nach der Regelung der jugoslawischen Altschulden und dem Inkrafttreten eines Gesetzes über ausländische Investitionen und Konzessionen sind aber die wichtigsten formalen Hindernisse für ein stärkeres Engagement ausländischer Investoren beseitigt. Die Regierung erhofft sich für das laufende Jahr denn auch ADI in Höhe von rd. 500 Mio. USD. Doch selbst Zuflüsse in dieser Größenordnung sind mittelfristig nicht ausreichend, um auf einen stabilen Wachstumspfad einschwenken zu können. Voraussetzung dafür ist der Wiederaufbau des weitestgehend entwerteten Kapitalstocks, der nur mit ausländischer Hilfe möglich ist. Eine rege Beteiligung ausländischer Investoren an der laufenden Privatisierung wird auch unter diesem Gesichtspunkt von der Regierung als außerordentlich wichtig erachtet.

Das Kosovo, formal noch in der BR Jugoslawien, wird von den amtlichen Angaben nicht mehr erfasst. Schätzungen für das Kosovo gehen von einem realen Wachstum des BIP von rd. 16% im Jahr 2001 aus. Das BIP erreicht damit knapp 1,7 Mrd. USD oder rd. 880 USD pro Kopf. Für das laufende Jahr ist

eine weitere deutliche Erhöhung um rd. 15% zu erwarten. Das BIP pro Kopf würde sich damit auf knapp 950 USD erhöhen, da die Bevölkerungszahl weiterhin dank zurückkehrender Flüchtlinge stetig steigen sollte. Das Wirtschaftswachstum wird von den ausländischen Finanzhilfen getragen. 2000 wurden lt. Wiederaufbauhaushalt rd. 1,3 Mrd. DM und 2001 rd. 1,52 Mrd. DM von der internationalen Gebergemeinschaft zur Verfügung gestellt. Der Haushalt konnte dank der Finanzhilfen in den Jahren 2000 und 2001 jeweils einen Überschuss ausweisen.

Reale Entwicklung des BIP und der Industrie gg. Vorj. in %



* Prognose.

Arbeitsmärkte, Soziale Lage

In der BR Jugoslawien ist die Beschäftigung 2001 im Jahresdurchschnitt um 4.000 auf 2,242 Mio. gestiegen. Betrachtet man die Teilrepubliken, ergibt sich ein differenziertes Bild. Die Gesamtzahl der Beschäftigten in Serbien (ohne Kosovo) wird im Durchschnitt des Jahres 2001 mit 2,241 Mio. angegeben. Das ist um 3 Tsd. mehr als im Vorjahr. Dabei ist das Beschäftigungswachstum allein auf den Privatsektor zurückzuführen, in dem die Beschäftigung um 35 Tsd. zunahm. Entsprechend ist im staatlichen und vergesellschafteten Sektor die Beschäftigung um 32 Tsd. zurück gegangen. Auch die Zahl der Beschäftigten in kleinen Unternehmen (bis 50 Beschäftigte) lag um 7 Tsd. über dem Stand vom Vorjahr.

In Montenegro wurden im Jahresdurchschnitt 140 Tsd. Beschäftigte gezählt, 1.000 weniger als im Vorjahr. Davon waren 11 Tsd. im Privatsektor tätig, in dem die Beschäftigung konstant blieb.

Die Anzahl der Arbeitslosen ist von 806 Tsd. im Jahr 2000 auf 850 Tsd. im Jahresdurchschnitt 2001 gestiegen. Trotz der zögernden wirtschaftlichen Erholung ist die Arbeitslosigkeit im Jahresverlauf stark gestiegen, wovon der Stand von 861 Tsd. im Dezember zeugt. Im Jahresdurchschnitt ergibt sich somit eine auf amtlichen Angaben beruhende Arbeitslosenrate von 27,5%. Vom statischen Amt wird die

Erwerbslosenrate dennoch mit lediglich 22,3% angegeben. Am Jahresende hat die Arbeitslosenquote bereits 28% erreicht.

In den ersten drei Monaten des laufenden Jahres ist die Arbeitslosigkeit beschleunigt gestiegen. Im März wurden bereits 880 Tsd. Arbeitslosen gezählt, 19 Tsd. mehr als im Dezember. Die Beschäftigung ist im selben Zeitraum noch stärker um 31 Tsd. auf 2,19 Mio. gesunken. Im März 2002 ergibt sich somit bereits eine Arbeitslosenrate von 28,7%.

Die Unterschiede zwischen Serbien und Montenegro sind auch bei der Arbeitslosigkeit ausgeprägt. In Serbien lag die Erwerbslosenrate Ende Oktober 2001 bei 29,3%, in Montenegro bei 39,1%. Allerdings wird in Montenegro die Anzahl der nicht registrierten Arbeitskräfte auf knapp 90 Tsd. geschätzt – mehr als die rd. 82 Tsd. registrierten Arbeitslosen.

Für das Kosovo liegen nur Schätzungen für Ende 2000 vor. 588 Tsd. Beschäftigten standen 612 Tsd. Arbeitslose gegenüber, was eine Arbeitslosenquote von 51% im Kosovo ergibt.

Die tatsächliche Arbeitslosigkeit wird durch die amtlichen Zahlen drastisch unterschätzt. Inklusive der hohen verdeckten Arbeitslosigkeit in den Betrieben ist von einer Rate von weit über 40% auszugehen. Die Analyse der Arbeitslosigkeit zeigt, dass im Jahresdurchschnitt rd. 62% der Arbeitslosen Berufsanfänger sind. Diese Rate ist ein Spiegelbild der Realität in Selbstverwaltungswirtschaften, die zum größten Teil noch wirksam ist. Es ist in der Praxis unmöglich, überflüssige Arbeitskräfte zu entlassen; zudem sind auch die Anreize dazu kaum vorhanden. Berufsanfänger haben dagegen praktisch keine Möglichkeit, einen Arbeitsplatz zu erhalten. Das niedrige Niveau der Arbeitslosigkeit ist lediglich auf den Umstand zurückzuführen, dass ein Großteil der nicht mehr benötigten Beschäftigten oftmals jahrelang in "unbezahlteten Urlaub" geschickt wird oder einfach nicht am Arbeitsplatz erscheint, dennoch offiziell als beschäftigt geführt wird. Das Ausmaß der tatsächlichen Arbeitslosigkeit wird sich nach der Liberalisierung des Kündigungsschutzes vermutlich bereits im laufenden Jahr zeigen.

Die durchschnittlichen Nettolöhne in der BR Jugoslawien sind von 2588 Dinar im Jahr 2000 auf 5545 Dinar gestiegen. In Serbien war ein Anstieg um 125% von 2389 Dinar auf 5381 Dinar (90,44 EUR) zu verzeichnen. In Montenegro liegt das Lohnniveau deutlich höher. Hier war jedoch nur ein Anstieg von 48% auf umgerechnet 7590 Dinar (127,56 EUR) zu beobachten. Die Reallöhne sind im Jahresdurchschnitt um 13,3% gestiegen. In Serbien konnten sie um 16,5% zulegen, während die Beschäftigten in Montenegro Einbußen von 8% zu verkräften hatten. Die höchsten Löhne werden mit 9674 Dinar in der Finanzwirtschaft gezahlt, im verarbeitenden Gewerbe liegen die Nettobezüge mit 4786 Dinar dagegen deutlich unter dem Durchschnitt.

Es ist zu beachten, dass im Juni die Berechnungsmethode für die Löhne geändert wurde. Ende

Oktober lagen die Nettolöhne in Serbien (ohne freies Essen in der Arbeit und Kompensation für den Weg zur Arbeit, Auszahlung der Löhne teilweise in Form von Waren) lt. alter Berechnungsmethode bei 6869 Dinar (115 EUR), nach der neuen Methode bei 7729 Dinar (129 EUR). Der Bruttolohn lag Ende Oktober bei 11101 Dinar (185 EUR). Die Aufnahme von nicht monetären Lohnbestandteilen begünstigt die Beziehung von Sozialleistungen, die an die Löhne gebunden sind. Die Arbeitnehmer sind durch deutlich reduzierte Steuersätze (Einheitssatz von 20%) kompensiert worden.

Die Durchschnittsrente in Serbien liegt gemessen am durchschnittlichen Nettolohn auf hohem Niveau. In den ersten neun Monaten lagen die Renten bei rd. 75% der Nettolöhne. Nimmt man nur die Altersrenten (ohne Erwerbsunfähigkeit), sind es sogar 98%. Die Situation der Rentner hat sich durch die pünktliche Auszahlung der Renten deutlich verbessert. Unter dem vorherigen Regime waren stets Rückstände von wenigstens zwei Monaten zu verzeichnen, was bei den realisierten Inflationsraten zu einer schnellen Verminderung des realen Wertes führte. Das Verhältnis der Beitragszahler zu den Rentenbeziehern von 1,21 bei den Alters- und Erwerbsunfähigkeitsrenten der Angestellten, 2,08 bei den Bauern und 5,26 bei den Selbständigen zeigt allerdings dringenden Handlungsbedarf an. Hier spiegelt sich die Politik des früheren Regimes wider, die Arbeitslosigkeit mit Hilfe der Rentenkasse niedrig zu halten. Serben gehen durchschnittlich mit 58 Jahren in Rente.

Der Lebensstandard der Bevölkerung ist noch auf sehr niedrigem Niveau, doch verbessert er sich rasch. Im November 2000 mussten 2,8 Durchschnittslöhne aufgewendet werden, um einen Konsumkorb zu erwerben, ein Jahr später reichten 1,8 Durchschnittslöhne zum Kauf des definierten Korbes. Mit der Aufhebung der Verkaufssteuer auf Güter des Grundbedarfs (Fleisch, Fisch, Obst und Gemüse) im Januar 2002 dürfte sich der Lebensstandard der Bevölkerung weiter verbessern. Nach Schätzungen der Weltbank lebten noch 2000 rd. 46% der Bevölkerung in absoluter Armut (d.h. sie haben weniger als einen USD am Tag zur Verfügung), zwei Drittel haben weniger als zwei USD zur Verfügung.

Staatshaushalt und Fiskalpolitik

Das konsolidierte Haushaltsdefizit (föderaler, serbischer und montenegrinischer Haushalt, lokale Haushalte und Sozialkassen) lag 2001 bei 2,4% des BIP. Die Einnahmen der Föderation bestehen im wesentlichen aus Zolleinnahmen und einem Teil der Verkaufssteuer. Alle anderen Steuern werden von den Republiken erhoben. Die Föderation ist für die Finanzierung der Armee und der föderalen Administration sowie zum Teil der Renten der Kriegsvetera-

nen zuständig. Jede Republik verfügt über eigene Sozialkassen. Die Verteilung von Einnahmen und Aufgaben zeigt eine sehr starke Stellung der Republiken. Montenegro beteiligte sich zuletzt nicht mehr an der Finanzierung der föderalen Ausgaben – Montenegro erhebt eigene Zölle und hat auch eine Zollgrenze zu Serbien eingerichtet.

Die konsolidierten Einnahmen beliefen sich auf 320,48 Mrd. Dinar, davon waren 114,38 Mrd. Dinar Einnahmen der Sozialversicherungen. Die Ausgaben übertrafen die Einnahmen um rd. 17 Mrd. Dinar. Der Start ins Haushaltsjahr 2001 erfolgte unter ungünstigen Bedingungen: hohe Zahlungsrückstände (insbesondere Renten und Kindergeld) und finanziell ausgeblutete Betriebe erwiesen sich als Belastung. Das Fiskaljahr 2001 stand unter der Herausforderung, breiten Schichten der Bevölkerung das Überleben zu ermöglichen. Dies ist mit Hilfe ausländischer Finanzhilfen und Kredite gelungen und die Transferzahlungen erfolgten erstmals seit Jahren wieder pünktlich. Trotz der Hilfestellungen der internationalen Geber bedeutet das Haushaltsdefizit in Höhe von 2,4% des BIP einen Erfolg.

Für 2002 ist im serbischen Haushalt ein Volumen von 219,8 Mrd. Dinar (3,3 Mrd. USD) vorgesehen. Die erhebliche Erhöhung wird von der serbischen Regierung mit den finanziellen Belastungen der Umstrukturierung der Betriebe und der Banken sowie mit dem wieder aufzunehmenden Schuldendienst begründet. Das geplante Haushaltsdefizit beläuft sich auf 38,8 Mrd. Dinar (580 Mio. USD). Zur Finanzierung des Defizits sind rd. 150 Mio. USD Privatisierungseinnahmen, 126 Mio. USD Budgethilfen der internationalen Gemeinschaft sowie Weltbankkredite über 186 Mio. USD eingeplant. Die Finanzierung dürfte auf soliden Annahmen beruhen, da die Privatisierungserlöse bereits vereinnahmt wurden. Für Weltbankkredite wurde Ende 2001 der Weg geebnet.

Das Steuersystem wurde 2001 drastisch vereinfacht. Aus weit über 200 Einzelabgaben wurden 7 Steuern; die Steuersätze sind dabei gesenkt worden. Ein einheitlicher Umsatzsteuersatz von 17% löste die 11 verschiedenen Umsatzsteuersätze aus der Vergangenheit ab. Verminderte Steuersätze wurden mit der Streichung von Ausnahmen verbunden, um die Steuereinnahmen langfristig zu sichern. Unter dem vorherigen Regime hatte sich ein Wildwuchs von Ausnahmen etabliert, die diskretionär gewährt wurden. Ebenfalls gesenkt wurden die Lohnnebenkosten, um die Beschäftigung im offiziellen Sektor zu fördern.

Durch die Bekämpfung des Benzin- und Zigarettenmuggels hat der Staat eine sprudelnde Einnahmequelle erschlossen. Es wird vermutet, dass zuvor rd. 70% des Benzin- und Zigarettenverbrauchs illegal über die Grenze kamen. Dieser Anteil wird nun nur noch auf 15% geschätzt. Die Einnahmen daraus reichen aus, um die Sozialleistungen für die Bezieher von Sozialhilfe finanzieren zu können.

Eine dauerhafte Sanierung der Staatsfinanzen setzt allerdings eine Rentenreform voraus. Die Defizite der Sozialkassen sind dauerhaft nicht tragbar.

Inflation und Geldpolitik

Die Preisliberalisierung ist bereits weit fortgeschritten. Der größte Teil der Preise wurde bereits Ende 2000 liberalisiert. Im Jahr 2001 blieben lediglich die Preise für einige Grundnahrungsmittel und Elektrizität (neben öffentlichen Dienstleistungen) noch administriert. Der durchschnittliche Preis für Elektrizität wurde im April 2001 um 60%, im Juni um weitere 40% sowie im Oktober nochmals um 15% erhöht.

Die Preisentwicklung hat nicht nur unter dem Eindruck administrierter Preiserhöhungen den im Vorjahr definierten Zielkorridor weit verfehlt. Angepeilt wurde eine Inflationsrate von rd. 30%. Die Konsumentenpreise haben sich 2001 im Jahresdurchschnitt aber um 89,2% erhöht. Die höchsten Steigerungsraten wiesen Mieten mit 126,8% und Energie mit 120,4% auf. Tabak und Getränke verteuerten sich mit 72,7% am wenigsten. Relativ günstig blieben auch Transport, Post und Telekommunikation (79,1%), wo die Preise staatlich festgelegt werden. Lebensmittel zeichneten mit 88,2% in etwa die Entwicklung des Konsumentenpreisindex nach.

Die Konsumentenpreise sind von Januar bis November um lediglich 42,9% gestiegen, was auf eine Überzeichnung der Preisentwicklung unter Verwendung jahresdurchschnittlicher Zahlen hindeutet. Die Preise sind im Vorjahr im Jahresverlauf stark angestiegen, mit den höchsten Steigerungsraten im Zuge der Preisliberalisierung gegen Jahresende. Damit ergibt sich im Jahresdurchschnitt eine niedrigere Basis als im Jahresendvergleich. Betrachtet man die Preisentwicklung von Januar bis November unter Ausschluss administrierter Preise (Brot, Fleisch, Milch, Elektrizität, Gebühren, Transport, Post) ergibt sich sogar nur eine Steigerung um 23,2%.

Die Entwicklung der Konsumentenpreise im ersten Quartal zeugt von einem sich weiter stabilisierenden Umfeld. Die monatlichen Inflationsraten in den Monaten Januar bis März waren 0,6%, 1% und 0,8%. Dies entspricht einer kumulierten Inflationsrate von 2,4% im ersten Quartal. Auf Jahresbasis würde sich eine Inflationsrate von rd. 10% ergeben.

Die Einzelhandelspreise haben sich im Jahresdurchschnitt um 88,9% erhöht. Dienstleistungen führen mit 104% die Preisentwicklung an. Relativ stabil blieben die Preise landwirtschaftlicher Produkte mit einer Erhöhung um 51,6%.

Die industriellen Produzentenpreise sind im Jahresdurchschnitt um 85,1% gestiegen. Die höchsten Steigerungsraten wurden bei Konsumgütern festgestellt (100,9%), die niedrigsten bei Kapitalgütern (42,5%). Die landwirtschaftlichen Produzentenpreise lagen mit 70% im Jahresdurchschnitt deutlich niedriger, was auf die gute Ernte zurückzuführen ist.

Bei der Preisentwicklung waren wie bereits im Vorjahr auch 2001 gravierende Unterschiede zwischen Serbien und Montenegro festzustellen. Während in Serbien die Konsumentenpreise um 93,3% im Jahresdurchschnitt gestiegen sind, wurde in Montenegro lediglich eine Erhöhung um 13,1% registriert.

Die Unabhängigkeit der Jugoslawischen Nationalbank wurde bereits kurz nach dem Machtwechsel in Belgrad per Gesetz gesichert (de facto ist die jugoslawische Nationalbank nur für Serbien zuständig). Der Gouverneur der Notenbank legt die Geldmengenziele fest und erhält die Aufsicht über die Geschäftsbanken. Zudem ging die Kompetenz zur Festsetzung des Wechselkurses von der Regierung auf die Notenbank über.

Die Nationalbank konnte 2001 den Kurs des Dinar (YUM) stabil bei 59,5 Dinar für einen Euro halten. Zwischenzeitlichen Forderungen nach einer Abwertung wegen des sich ausweitenden Außenhandelsdefizits wurde eine Absage erteilt.

Der Diskontsatz konnte von 26,3% p.a. (2% monatlich) auf 16,4% (1,30% monatlich) am Jahresende gesenkt werden. Die Entwicklung des Diskontsatzes korrelierte mit der Entwicklung der Einzelhandelspreise: im März wurde er zunächst auf 12,4% zurückgenommen, um im Juni mit 25,7% noch über den Stand von vor der letzten Ermäßigung zu steigen. Nach der Preisstabilisierung von Juni an wurde er im August wieder kräftig reduziert. Seit 1. April wird der Diskontsatz dank stabiler Inflationsraten nicht mehr auf monatlicher Basis angegeben; er ist zugleich auf 11% p.a. zurückgenommen worden. Die Mindestreserveanforderungen an die Geschäftsbanken wurden ebenfalls per 1. April 2002 von 24,5% auf 20% zurück genommen. Eine ähnliche Entwicklung wie beim Diskontsatz war bei den gewichteten Zinssätzen für Kredite an Geschäftsbanken festzustellen. Diese haben sich von 77,9% im Dezember 2000 auf 32,52% im Dezember 2001 vermindert. Das stabile makroökonomische Umfeld erlaubt es zudem, ab April 2002 Kredite mit einer Laufzeit von 45 und 60 Tagen zu vergeben.

Die Geldmenge M1 ist von rd. 30 Mrd. Dinar auf 66,4 Mrd. gestiegen. Sie ist durch Devisenreserven vollständig gedeckt, die sich von 927 Mio. USD auf 1,81 Mrd. USD fast verdoppelten. Die Deckungsrate hat sich im Jahresverlauf von 109% auf 123,6% erhöht. Bis 31.5.2002 haben sich die Devisenreserven weiter auf 2,63 Mrd. USD erhöht.

Im Jahr 2002 verfolgt die Nationalbank drei Ziele. Zum einen soll der Außenwert des Dinar stabil gehalten werden. Dabei orientiert man sich am Euro. Die Inflationserwartungen sollen stabilisiert und reduziert werden. Es wird ein Ziel von rd. 20% angegeben, das nach den Zahlen des ersten Quartals (2,4%) sogar unterschritten werden könnte. Zudem wird ein weiterer Aufbau von Devisenreserven der Nationalbank angestrebt.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Transformation der Zahlungsbüros. Der wichtigste Teil der Aufgaben der Zahlungsbüros, die Abwicklung des Zahlungsverkehrs, soll in den Kompetenzbereich der Geschäftsbanken übergehen.

In Montenegro war bis Ende 2001 die DM offizielle Währung. Ab 1.1.2002 wurde sie vom Euro abgelöst. Lt. Angaben aus der montenegrinischen Zentralbank hat die Umstellung rd. eine Mio. DM gekostet.

Außenwirtschaft

Im ersten Halbjahr 2001 wurden fast alle nichttarifären Importrestriktionen beseitigt. Dafür wurden neue Importzölle eingeführt. Der durchschnittliche (ungewichtete) Einfuhrzoll beträgt nun 9,4%. Auf der Exportseite bleiben vorerst quantitative Beschränkungen für einige landwirtschaftliche Güter in Kraft.

Die Liberalisierungsmaßnahmen auf der Einfuhrseite haben für ein im Jahresverlauf dynamisch zunehmendes Importwachstum gesorgt. Die jugoslawische Einfuhr hat um 30,3% auf 4,837 Mrd. USD zugenommen. Die Ausfuhren sind nur um 10,5% auf 1,903 Mrd. USD gestiegen. Doch hat die Exporttätigkeit in den letzten vier Monaten stark zugenommen. In den ersten acht Monaten lag das Ausfuhrwachstum lediglich bei 2,1%. Das Handelsbilanzdefizit liegt mit 2,934 Mrd. USD weit höher als die zuvor veranschlagten 2,1 Mrd. USD. Die Ausfuhren decken gerade 39,3% der Einfuhren.

Wie bereits im Vorjahr war auch 2001 Aluminium der bedeutendste Exportartikel. Auf ihn entfielen rd. 9% der Ausfuhren. Der hohe Energieanteil bei der Produktion von Aluminium lässt vermuten, dass mit dem Export von Aluminium subventionierte Energie ausgeführt wird. Die kWh Elektrizität hat Anfang 2001 nur rd. 1 USD gekostet, was hohe Subventionen impliziert. Nachdem die administrierten Energiepreise 2001 in drei Stufen um rd. 150% erhöht wurden, dürfte sich dieser komparative Vorteil schnell relativieren. Bei den Einfuhren dominiert Erdöl vor Erdgas.

Im Jahr 2001 hat eine bemerkenswerte Umleitung der Handelsströme stattgefunden. 81,4% der jugoslawischen Exporte gingen in die EU, im Jahr zuvor waren es nur 38,2%. Zugleich nahm die EU 83,3% der Importe auf, nach 40,7% im Vorjahr. Wichtigste Handelspartner sind Italien und Deutschland. 16,3% der Exporte gehen nach Italien, gefolgt von Bosnien-Herzegowina mit 13,1%, Deutschland (12,1%) und Mazedonien (9,2%). Das bedeutendste Lieferland ist Russland mit einem Anteil von 14,2% vor Deutschland (12,2%) und Italien (10,3%) sowie Griechenland (4,5%).

Mit Bosnien-Herzegowina wurde für 2002 ein bilaterales Freihandelsabkommen abgeschlossen, das eine asymmetrische Aufhebung der Zölle beider Staaten vorsieht. Waren und Dienstleistungen aus

Bosnien-Herzegowina wurden sofort nach Inkrafttreten von Einfuhrzöllen befreit. Ausgenommen bleiben nur Erdöl, Erdölderivate und gebrauchte Autoreifen. Bosnien-Herzegowina senkt seinerseits für jugoslawische Waren den Einfuhrzoll mit Inkrafttreten um 60% und ab Januar 2003 um weitere 40%. Ab 2004 werden keinerlei Zölle mehr erhoben. Bis Ende des Jahres sollen alle Staaten, die zu den Begünstigten des Stabilitätspaktes auf dem Balkan zählen (Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Jugoslawien, Kroatien, Rumänien) ähnliche bilaterale Freihandelsabkommen schließen. Zielmarke ist die Liberalisierung von 90% des intraregionalen Handels bis Ende 2006.

Im Handel mit Deutschland konnte Jugoslawien die Ausfuhren um 40,9% auf 596 Mio. DM (305 Mio. EUR) steigern. Die jugoslawischen Einfuhren stiegen um 34,6% auf 1,297 Mrd. DM (663 Mio. EUR). Damit hat sich trotz der dynamischen Entwicklung der Ausfuhren das Defizit im Handel mit Deutschland von 540 Mio. DM (276 Mio. EUR) auf rd. 700 Mio. DM (358 Mio. EUR) erhöht.

Seit Anfang 2002 sind für deutsche Exporte nach Jugoslawien wieder Hermes-Bürgschaften möglich. Kurzfristige Geschäfte mit Kreditlaufzeiten von bis zu einem Jahr sind unbeschränkt deckungsfähig. Geschäfte mit Kreditlaufzeiten von mehr als einem Jahr können nur gedeckt werden, wenn es sich um kleinere Geschäfte handelt oder um die Förderung von Infrastrukturprojekten. Dies stellt einen weiteren Schritt zur Normalisierung der Außenhandelsbeziehungen zwischen Deutschland und Jugoslawien dar und wird dem deutschen Export nach Jugoslawien weiter Auftrieb geben.

Wirtschaftspolitische Maßnahmen, Privatisierung, Strukturwandel

Die BR Jugoslawien ist im Jahre 2001 einen großen Schritt auf dem Weg der marktwirtschaftlichen Reformen voran gekommen. Auf der Agenda ganz oben stand die Regelung der Schuldenfrage. Insgesamt beträgt die externe Verschuldung des Landes rd. 12,2 Mrd. USD. Der Pariser Club, in dem die staatlichen Gläubiger zusammengeschlossen sind, steht für rd. 4,5 Mrd. USD. Er hat der BR Jugoslawien Ende 2001 51% der Auslandsschulden erlassen. Weitere 15% werden in einem Zeitraum von 18 bis 36 Monaten gestrichen, wenn die mit dem IWF vereinbarten Reformen durchgeführt werden. Damit wurden rd. 3 Mrd. von den 4,5 Mrd. USD erlassen. Der Rest wird über einen Zeitraum von 22 Jahren mit drei Freijahren fällig. Die Regierungen der im Pariser Club zusammengeschlossenen Länder haben damit die Reformanstrengungen des Landes sowie die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem Haager Tribunal honoriert. Das Reformtempo wird auf diese Art immer von den internationalen Finanzinstitutionen und der internationalen Gebergemein-

schaft diktiert. Die Hoffnungen ruhen nun auf dem Londoner Club der kommerziellen Gläubiger, diesen Schritt ebenfalls zu vollziehen. Gegenüber dem Londoner Club steht das Land mit rd. 2,3 Mrd. USD in der Schuld. Über rd. 2,6 Mrd. Verbindlichkeiten gegenüber den internationalen Finanzinstitutionen wurde bereits eine langfristige Vereinbarung erzielt.

Neben der Streichung und langfristigen Umstrukturierung der Schulden benötigt das Land dringend Finanzhilfen, um die Reorganisation der Wirtschaft finanzieren und sozial abfedern zu können. Die Reformanstrengungen haben im Sommer 2001 von der internationalen Gebergemeinschaft zunächst zur Zusage eines Finanzierungspaketes über 1,3 Mrd. USD geführt. Die Regierung hofft bis 2004 bei zwei weiteren Geberkonferenzen auf ähnlich gute Ergebnisse. Allerdings kommt die Auszahlung bereits zugesagter Hilfen oder Kredite immer wieder wegen innenpolitischer Kämpfe ins Stocken. Besonders die Frage der Kooperation mit dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag sorgt für innenpolitischen Zündstoff und das Einfrieren von Geldern. So sind von den auf der Geberkonferenz zugesagten Hilfgeldern bis Ende 2001 weniger als die Hälfte auch tatsächlich geflossen. Dennoch ist häufig nicht fehlendes Kapital für den Stillstand auf Arbeitsebene verantwortlich. So ist z.B. die Finanzierung der Donaubrücke in Novi Sad seit langem gesichert, aber Streitigkeiten über die Projektführung haben den Baubeginn immer wieder verschoben.

Das Herzstück der Reform stellt die Privatisierung des staatlichen und vergesellschafteten Eigentums dar. In der 90er Jahren waren mehrere Versuche einer umfassenden Privatisierung erfolglos geblieben. Insbesondere das Design als reine Insider-Privatisierung hat die Restrukturierung der Wirtschaft eher behindert denn gefördert. Im Juni 2001 hat das serbische Parlament ein neues Privatisierungsgesetz verabschiedet. Bis Ende 2005 sollten etwa 7000 Betriebe in privates Eigentum übergehen. Bis zu 70% der Anteile an den zu privatisierenden Unternehmen werden an private Investoren veräußert. Ausländische Käufer sind inländischen gleichgestellt. Die restlichen 30% können von Angestellten und anderen Privatpersonen erworben werden. Unternehmen, die nach vier Jahren noch nicht privatisiert sind, werden von der Privatisierungsagentur übernommen oder liquidiert. Die Initiative zur Privatisierung kann von den Unternehmen selbst oder von der Privatisierungsagentur ausgehen. Das Privatisierungsgesetz sieht ferner vor, dass jede Anfrage eine Privatisierung auslöst. In diesem Falle entscheidet die Agentur über das Verkaufsverfahren. Bleibt dieses erfolglos, werden zuvor festgelegte Restrukturierungsmaßnahmen eingeleitet.

Erklärtes Ziel der Privatisierung ist es, strategische Investoren zu gewinnen, die in der Lage sind, nach dem Kauf dringend erforderliche Investitionen durchzuführen und modernes Know-how einzubringen. Auf diese Weise wird eine aktive Restrukturie-

rung der Betriebe sichergestellt, die auf nachgelagerte Bereiche ausstrahlt. Das Restrukturierungstempo wird allerdings dadurch gebremst werden, dass die Käufer Bestandsgarantien für Arbeitsplätze übernehmen müssen. Die genaue Ausgestaltung des Kündigungsschutzes ist Verhandlungssache. Zwar werden unter einem strengen Kündigungsschutz auch die Privatisierungserlöse leiden, doch scheint die Maßnahme angesichts der Arbeitsmarktprobleme gerechtfertigt.

Zunächst wurden 150 „strategische“ Unternehmen zur Privatisierung freigegeben, bei denen die Suche nach einem strategischen Investor im Vordergrund steht. Die Privatisierungsagentur hat 38 Unternehmen für eine erste Privatisierungswelle ausgewählt.

Die ersten drei Privatisierungen wurden Anfang 2002 realisiert. Es handelt sich dabei um drei Zementwerke, die für zusammen rd. 150 Mio. USD mehrheitlich an ausländische Konzerne verkauft wurden. Da das Interesse an den drei Zementwerken sehr groß war, konnten sehr vorteilhafte Bedingungen durchgesetzt werden, auch wenn der Verkaufspreis nicht ganz den zuvor geäußerten Erwartungen entsprach. Zuteilungskriterium war aber nicht alleine der Verkaufspreis, sondern auch Investitionszusagen, Abfindungen für ausscheidende Mitarbeiter sowie die Übernahme von Altschulden. Zusätzlich zum Kaufpreis von 52,2 Mio. USD wurden für eines der drei Werke so Investitionszusagen über 84 Mio. USD sowie die Übernahme der Altschulden von 36,6 Mio. USD erreicht.

Als nächstes stehen 15 große Unternehmen aus der chemischen, pharmazeutischen, metallurgischen und der Automobilindustrie zur Privatisierung mittels Tenderverfahren an. 12 große Unternehmen der Lebensmittel- und Baumaterialindustrie werden über Auktionen privatisiert. Das Auktionsmodell findet ansonsten v.a. bei mittleren und kleineren Unternehmen Anwendung. Für die jeweils angebotenen Unternehmen müssen Versteigerungsdokumente erworben werden, die umgerechnet rd. 1500 EUR kosten. Der Ablauf ist wie folgt: Für jedes Unternehmen wird ein unterer und ein oberer Startpreis festgelegt. Die Versteigerung beginnt mit dem unteren Startpreis und endet mit dem Höchstgebot. Besteht zum unteren Startpreis kein Interesse, beginnt unmittelbar danach eine neue Runde ("Abwärtsversteigerung"). Diese beginnt beim oberen Startpreis und der Preis wird solange verringert, bis ein Interessent zum genannten Preis den angebotenen Anteil übernimmt. Im Auktionsmodell sollen 2002 rd. 800 Unternehmen privatisiert werden.

Das Privatisierungsministerium erwartet für 2002 Einnahmen aus dem Verkauf von Unternehmen über internationale Tender in Höhe von rd. 450 Mio. EUR.

Ein Gesetz zur Erleichterung ausländischer Investitionen wurde ebenfalls auf den Weg gebracht. Damit können Ausländer Konzessionen für die freie Nutzung von Grund und Boden über einen Zeitraum

von 50 oder 100 Jahren erwerben. Grund und Boden frei erwerben und uneingeschränkt nutzen können Ausländer bislang dagegen nicht. Unternehmen mit ausländischem Kapital oder in alleinigem ausländischen Besitz wurden dieselben Rechte wie inländischen Unternehmen eingeräumt. Eingeschlossen ist der Schutz vor entschädigungsloser Enteignung oder Nationalisierung, unbegrenzter Umtausch von Dinar in ausländische Währung und Repatriierung der erlösten Finanzmittel. Allerdings lässt ein neues Unternehmensrecht noch auf sich warten.

Reformiert wurde auch die Steuergesetzgebung. Ein Einkommensteuersatz von einheitlich 20% soll die Leistungsbereitschaft im offiziellen Sektor fördern. In dieselbe Richtung zielt die Reduzierung der Lohnnebenkosten und die Liberalisierung der Arbeitsgesetzgebung. Insbesondere wurde ein modernes Kündigungsrecht ausgearbeitet, mit dem Kündigungen erleichtert werden. Nach Gewerkschaftsprotesten wurde der Entwurf nochmal überarbeitet. Bei der Verkaufssteuer wurde ein einheitlicher Steuersatz von 17% festgelegt. 2003 soll die Verkaufssteuer von einer Mehrwertsteuer abgelöst werden. Die Vorbereitungen dazu laufen bereits.

Für 2002 stehen auf der Prioritätenliste die Bekämpfung von Korruption und Kriminalität ganz oben, die inzwischen als der wichtigste Standortnachteil gelten. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Umgestaltung des Rechtssystems. Die Sicherung der Unabhängigkeit der Gerichte und ihre Verpflichtung auf einen modernen Gesetzkörper ist die Voraussetzung für die Entwicklung einer Zivilgesellschaft und eine echte Gleichbehandlung ausländischer Investoren.

Die Umgestaltung des Bankensystems nimmt Fahrt auf. Anfang 2002 hat der Nationalbankpräsident die Schließung von vier Großbanken angeordnet, die von der Agentur zur Rehabilitierung des serbischen Bankensystems beschlossen wurde. Der Finanzminister ist aus Protest gegen die Schließung zurückgetreten. Noch im Oktober 2001 sah der Nationalbankpräsident gute Chancen für eine Restrukturierung der vier Institute, nachdem ein Verkauf an ausländische Banken gescheitert war. Inzwischen haben aber sowohl die Kosten der Restrukturierung als auch die Gefahr der Verschleppung der Reformen für einen Sinneswandel gesorgt und die radikalere Lösung forciert. Die Kosten für eine Sanierung der hoch verschuldeten Banken wurden mit 4,35 Mrd. EUR angegeben; bereits 17 Mio. USD wurden in eine Sanierung investiert. Die neun größten Banken (einschließlich der vier nun geschlossenen) hatten bis Ende September 2001 rd. 260 Mrd. Dinar Schulden oder 97,4% der Schulden des gesamten Bankensystems angehäuft. Von der Schließung der Banken sind direkt 8.500 Arbeitsplätze betroffen. Die vier Institute vereinten etwa 70 Prozent der Bankeinlagen in Serbien auf sich. Tatsächlich waren diese Banken aber seit Jahren zahlungsunfähig. Die Einlagen der etwa 800 Tsd. Privatkunden

sollen von der staatlichen Postbank an diese ausbezahlt werden, ausländische Gläubiger sollen dagegen weitgehend leer ausgehen. Bereits im August 2001 hatte die serbische Regierung die ausländischen Gläubiger aufgefordert, 90% ihrer Außenstände abzuschreiben, was diese aber ablehnten.

Bereits bis Ende 2001 wurden 19 zahlungsunfähige Banken geschlossen und 18 weitere zu größeren Instituten fusioniert. Damit hat sich die Zahl der Banken von 84 auf 52 vermindert (ausschließlich der beiden Banken im Kosovo). Fünf Banken mit ausländischer Beteiligung oder in ausländischem Besitz waren Anfang 2002 bereits wieder in Serbien tätig. Ihre Marktpräsenz wird als besonders wichtig für die Bankenlandschaft erachtet, da nur ausländische Institute in der Lage sind, das völlig zerstörte Vertrauen der Bevölkerung in das Finanzsystem wieder herzustellen.

Trotz der besonders im laufenden Jahr erzielten Fortschritte bei der Rehabilitierung des Bankensystems bleibt auf diesem Gebiet noch erheblicher Handlungsbedarf. Die bestehenden Banken sind zum größten Teil noch nicht in der Lage, ihrer volkswirtschaftlichen Aufgabe nachzukommen, wovon das extrem niedrige Niveau der Intermediation zeugt. Ein Problem stellen auch rd. 45 nicht lizenzierte Kreditunternehmen dar, die in einer rechtlichen Grauzone operieren und die nicht der Bankenaufsicht unterstehen.

Die Wirtschaftspolitik der Teilrepublik Montenegro hat ebenfalls die Ankurbelung der Privatisierung ins Zentrum ihrer Bemühungen gestellt. Zwar ist die Privatisierung hier bereits weiter fortgeschritten als in Serbien, doch hat sie zuletzt an Momentum verloren. Die Regierung will nun 15 bis 20 Unternehmen mit rd. 25 Tsd. Beschäftigten im Tenderverfahren privatisieren. 240 Unternehmen mittlerer Größe sollen mittels Voucher sowie 33 per Direktverkauf privatisiert werden. Rd. 30 Unternehmen sind zur Liquidation vorgesehen.

Die Steuergesetzgebung steht vor der Herausforderung, die verbreitete Steuervermeidung einzudämmen. Zu diesem Zweck wurde eine Verbreiterung der Besteuerungsbasis mit einer Senkung der Sätze beschlossen.

Auch in der Frage der künftigen Gestalt der BR Jugoslawien scheint nun einer Einigung zwischen den Teilrepubliken Serbien und Montenegro sowie der Bundesregierung nichts mehr im Wege zu stehen. Im März 2002 wurde ein von der EU vermitteltler Vertrag über die Umwandlung der BR Jugoslawien in einen Staatenbund "Serbien und Montenegro" zwischen der Bundesregierung und den Regierungen der Teilrepubliken geschlossen. Dieser wurde inzwischen von den Parlamenten der Teilrepubliken Serbien und Montenegro sowie vom Bundesparlament ratifiziert. In dem neuen Staatenbund entscheiden die Teilstaaten Serbien und Montenegro souverän über Wirtschafts-, Währungs-, Finanz- und Sozialpolitik. Gemeinsame Institutionen erhalten die Kompetenzen über wenige Bereiche wie Landesverteidigung oder Vertretung in internationalen Organisationen. Im Gegenzug verschiebt Montenegro den für diesen Sommer geplanten Volksentscheid über die Unabhängigkeit. Ausschüsse der drei Parlamente werden nun eine Verfassungscharta für den Staatenbund ausarbeiten, der dann noch von den Parlamenten angenommen werden muss. Jugoslawien wird es dann nicht mehr geben. Die formelle Umwandlung in einen losen Staatenbund ändert an der Zuteilung der Kompetenzen kaum etwas, vielmehr wird der Status Quo legalisiert; Montenegro hat seit November 2000 eine eigene Währung (DM bzw. EUR) und verfolgt eine eigenständige Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Grenzen zwischen den beiden Teilrepubliken sind Zollgrenzen und unterscheiden sich nicht von Grenzen zwischen zwei souveränen Staaten.

WALTER GRUBER

BR Jugoslawien

Fläche: 102,17 Tsd. km²; Bevölkerung: 10,6 Mio.

Gesamtwirtschaftliche Indikatoren

	Einheit	1997	1998	1999	2000	2001*	2002**
Wirtschaftsleistung							
Bruttoinlandsprodukt							
BIP, nominal	Mrd. Dinar	90,375	127,189	163,467	348,887	696,908	.
BIP, nominal	Mrd. USD	18,146	18,212	14,854	9,314	10,43	.
BIP, real	Veränd. gg. Vorj., %	7,4	2,5	-21,9	6,4	5,5	4
BIP pro Kopf	USD						
	Amtl. Wechselkurs	1712	1715	1397	940	980	.
	Kaufkraftparität						
BIP	Index 1990=100 ¹	59	60	47	50	53	.
Industrie	Index 1990=100 ¹	50	51	40	44	44	.
Produktionsentwicklung, real							
Industrie	Veränd. gg. Vorj., %	9,6	3,4	-23,1	10,9	0	3
Landwirtschaft	Veränd. gg. Vorj., %	7,2	-3,2	-2,3	-19,7	23	0
Bauwesen	Veränd. gg. Vorj., %	6,9	-0,8	-9,9	7,0	-15	15
Struktur lt. VGR							
Industrie	% des BIP			32,2	34,4	.	.
Landwirtschaft	% des BIP			24,9	25,0	.	.
Bauwesen	% des BIP			6,5	6,6	.	.
Dienstleistungen	% des BIP			36,4	34,0	.	.
Anteil des Privatsektors	% des BIP				47,8	.	.
Anteil des Privatsektors	% der Industrieprod.						
Anteil des Privatsektors	% der Beschäftigten	12,5	13	13,7	14,4	16,1	.
Investitionen							
Brutto-Anlageinvestitionen	Reale Veränd. gg. Vorj., %	0,8	-2,2	-29,7	.	.	.
Investitionsquote lt. VGR	% des BIP	15,0	14,1	16,5	18,8	.	.
Zufluss von Direktinvest., netto							
Zahlungsbilanzangaben	Mio. USD	740	113	112	50	165	.
darunter aus Deutschland	Mio. EUR	79	91	28	22	.	.
Arbeitsmarkt							
Beschäftigte, ges., JD	Mio. Personen	2,506	2,504	2,298	2,238	2,241	.
Männer	Mio. Personen						
Frauen	Mio. Personen						
in der Industrie	% d. Besch.		35,4	35,0	34,2	33,0	.
im Staatssektor	% d. Besch.		87,0	86,3	85,6	83,9	.
Arbeitslosenquote, ges., JD	%	24,5	25,1	26,1	26,5	27,5	.
Männer	%						
Frauen	%						
Geldmengen- und Preisentwicklung							
Geldmenge M1, JE	Veränd. gg. Vorj., %	66,5	18,1	51,1	83,5	218,9	.
Zinssatz, jährl., JE	%, Rediskontsatz,	33,7	34,5	26,8	26,3	16,4	.
Realzins (PPI, lfd. Jahr), JD	%, jährl., aufg. Kredite						
Inflationsrate							
Konsumgüterpreise, JD	Veränd. gg. Vorj., %	21,6	29,9	44,9	86,5	89,2	.
Konsumgüterpreise, JE	Veränd. gg. Vorj., %	42,9 ²	20
Industriegüterpreise, JD	Veränd. gg. Vorj., %	19,5	25,4	44,1	106,5	85,1	.
Einkommen und Verbrauch							
Bruttolöhne, nominal, JD	Veränd. gg. Vorj., %						
Nettolöhne, real, JD	Veränd. gg. Vorj., %	21	2,6	-15,1	6,5	13,3	.
Privater Verbrauch, real lt. VGR	Veränd. gg. Vorj., %	5,5	16,9	-17,8	-9,2	13,1	.
Einzelhandelsumsatz, real	Veränd. gg. Vorj., %	11,3	4,5	-19,9	9,7	13,3	.
Sparquote (priv. Haushalte)	% des verf. Eink.

BR Jugoslawien – Gesamtwirtschaftliche Indikatoren

	Einheit	1997	1998	1999	2000	2001*	2002**
Lebensstandard							
Monatslohn, JD	USD,						
brutto	Amtl. Wechselkurs	160	113	108	78	83	.
brutto	Kaufkraftparität						
Mindestlohn/Durchschn.-lohn	%						
Altersrente/Durchschn.-lohn	%	.	85	78	75	75	.
Öffentliche Haushalte (kons.)							
Einnahmen	Mio. Dinar	47455	61360	79321	139590	320480	.
Ausgaben	Mio. Dinar	55315	70739
Budgetsaldo	Mio. Dinar	-7860	-9379
Budgetsaldo	% des BIP	-7,0	-6,1	-8,4	-3,7	-2,4	.
Öffentl. Verschuldung	% des BIP	.	.	.	136,1	.	.
Außenwirtschaft							
Außenhandel insgesamt							
Export	Mio. USD	2677	2858	1498	1723	1903	.
Import	Mio. USD	4826	4849	3296	3711	4837	.
Handelsbilanzsaldo	Mio. USD	-2149	-1991	-1798	-1988	-2934	.
Anteile wichtiger Handelspartner							
Export nach							
EU	% der Exporte	.	.	78,6	38,2	81,4	.
Deutschland	% der Exporte	.	12	11	10,3	12,1	.
GUS	% der Exporte
Russland	% der Exporte	.	6	5	5,0	4,2	.
CEFTA	% der Exporte
Import aus							
EU	% der Importe	.	.	81,3	40,7	83,3	.
Deutschland	% der Importe	.	12	12	12,9	12,2	.
GUS	% der Importe
Russland	% der Importe	.	11	8	8,6	14,2	.
CEFTA	% der Importe
Handel mit Deutschland							
Deutsche Ausfuhr	Mio. EUR	549	533	328	492	663	.
Deutsche Einfuhr	Mio. EUR	299	350	180	216	305	.
Deutscher Handelssaldo	Mio. EUR	250	183	148	276	358	.
Gesamtwirtschaftl. Auslandsposition							
Leistungsbilanzsaldo	Mio. USD	-1837	-1180	-1341	-1298	-1200	.
	% des BIP (USD)
Währungsreserven, ges., JE	Mio. USD	.	.	663	890	1809	.
der Nationalbank, JE	Mio. USD	.	.	297	524	1169	.
Wechselkurs, JD	Dinar/USD	5,72	9,34	11,01	37,46	66,84	.
	Dinar/EUR	6,48	10,46	11,73	32,22	59,50	60
Realer Wechselkurs, JE	Index 1995=100
Terms of Trade	Index 1990=100
Auslandsverschuldung,							
Brutto, Dez.	Mio. USD	11,8	12,2	12,6	12,2	12,2	.
Netto, Dez.	Mio. USD
Brutto	% des BIP
Schuldenquote (brutto)	% der Exporte	442	431	841	712	642	.
Schuldendienstquote	% der Exporte

Anmerkung: * = vorläufige Angaben; ** = Prognose; JD = Jahresdurchschnitt; JE = Jahresende.

¹ Jahr vor dem ersten transformationsbedingten Einbruch; ² Jan - Nov.

Quellen: Nationale Statistiken, Jugoslawische Nationalbank, Weltbank, BfAi; WIIW, EBRD, Statistisches Bundesamt, Presseberichte, Yugoslav Survey.